basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Tausende wehren sich gegen Fächerabbau

Autor(en): [illegible]

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2004

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/27ef6902-6ec0-42ee-ad09-1ae620b029e9

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Tausende wehren sich gegen Fächerabbau

Andrea Mašek

Die Portfoliobereinigung der Universität Basel

Um konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Universität Basel ihr Leistungsangebot verbessern und gleichzeitig ihrer prekären Finanzsituation gerecht werden. Der Universitätsrat hat der Universität deshalb Anfang Jahr einen entsprechenden Bericht zur Stellungnahme vorgelegt. Er gilt als Grundlage für die Leistungsvereinbarung 2005–2008 mit den Kantonen Basel-Stadt und Baselland. Darin wird unter anderem die Schliessung von Fächern vorgesehen, was zu grossen Protesten geführt hat.

Mit einem Paukenschlag beginnt das Jahr 2004 für die Universität Basel. Der Universitätsrat stellt am 22. Januar die Perspektiven für die nächsten vier Jahre vor, im Hinblick auf die Leistungsvereinbarung 2005–2008 mit den Kantonen Basel-Stadt und Baselland. Der Rat stützt sich dabei auf eine Standortbestimmung, die in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die Institution befindet, gemacht worden ist. Die Universität rechnet bis 2008 mit einem jährlichen Defizit von 23 Millionen Franken. Da nicht alles den Trägerkantonen Basel-Stadt und Baselland angelastet werden kann, wurde eben eine so genannte Portfoliobereinigung ausgearbeitet.

Diese wird das ganze Jahr über für Unruhe sorgen. Zum ersten Mal überhaupt sieht sich die Universität mit Sparmassnahmen in grossem Stil konfrontiert. Der Universitätsrat setzt seine Akzente klar zugunsten der Life Sciences, aber auch der Rechts- und Gesellschaftswissenschaften. Auf kleinere Fächer mit geringer Nachfrage und ohne grosse wissenschaftliche Brillanz wie Astronomie, Kernphysik, Geologie und Slavistik soll ganz verzichtet werden. Bei vielen anderen sind Kürzungen (Geschichte, Musik, Chemie, Mathematik, Biologie) oder Zusammenlegungen (zum Beispiel die Zahnmedizin mit Bern) vorgesehen. Die Sportwissenschaften sollen an die Fachhochschule ausgelagert, der Botanische Garten dem Kanton übergeben werden. Insgesamt könnten so 7,9 Millionen Franken eingespart werden.

Betroffen von diesen Massnahmen wären rund 150 Studierende und 16 Professuren. Nicht eingerechnet die administrativen Stellen, die ebenfalls verloren gehen würden. Auch das Personal muss Opfer bringen: Bis 2008 sollen die Gehälter zwei Mal um je ein Prozent gesenkt werden (Sparpotenzial 3,6 Mio.). Eine Straffung der Zentralen Verwaltung ist ebenfalls eingeplant (1 Mio.).

Um die Qualität und Attraktivität dennoch steigern zu können, sieht der Universitätsrat auf der anderen Seite 16,2 Millionen Franken an Investitionen vor. Dieses Geld soll laufenden Berufungen, der juristischen und medizinischen Fakultät, der Soziologie, den Medienwissenschaften, der Pharmazie, Nanotechnologie, Informatik, Psychologie und der Universitätsbibliothek zugute kommen. Geld würde zudem in die Lehre und in Apparate gesteckt.

Der Universitätsrat unterlässt es nicht, einen eindringlichen Appell an die Trägerkantone zu richten, mehr Geld zu sprechen. Die Portfoliobereinigung geht sodann in die interne Vernehmlassung.

Es wird demonstriert

Die ersten Reaktionen fallen heftig und emotional aus. Die Universitätsangehörigen zeigen sich geschockt, obwohl der Universitätsrat bereits im Herbst 2003 etwa Massnahmen in der Philosophisch-historischen Fakultät angekündigt hat. ‹Spar-Operation gelungen – Bildung tot›, skandieren Studierende und Assistierende. Sie fürchten um die gute Ausbildung und eine Rufschädigung der Universität. Immer wieder kommt der Vorwurf, kein Mitspracherecht gehabt zu haben. Auch in höheren Ämtern akzeptiert man die ‹diktatorische› Art und Weise nicht, wie der Universitätsrat informiert hat. Dieser hält seinerseits fest, dass alle zuständigen Stellen zur Mitarbeit eingeladen gewesen seien.

Der Widerstand formiert sich schnell. Bereits am 29. Januar kommt es zu einer grossen Demonstration gegen den geplanten Abbau. 2500 Studierende und Sympathisanten ziehen vom Kollegiengebäude vors Rathaus. Auf Flugblättern wird die Politik des Universitätsrates kritisiert, die die Institution zu einem standortgerechten, rentablen Unternehmen mit möglichst kostengünstigem Kerngeschäft machen wolle. Die Demonstrierenden fordern Unirat, Regierung und Parlament auf, zu einer verantwortungsvollen Bildungspolitik zurückzukehren.

Der Februar verläuft ruhiger. Alle Betroffenen arbeiten bis Ende Monat ihre Vernehmlassungen aus.

Im März herrscht gespannte Ruhe. Der Universitätsrat lässt sich nicht in die Karten schauen. Präsident Rolf Soiron spricht aber gegenüber der Basellandschaftlichen Zeitung von einer enormen Beteiligung. Selbst 600 externe Zuschriften seien

5. Februar 2004: Studierende protestieren gegen die Sparmassnahmen.

eingegangen, Institute in der ganzen Welt seien mobilisiert worden. Am häufigsten würden die Schliessungen von Astronomie und Slavistik kritisiert, sagt Soiron.

Mit 16 538 Unterschriften wird dem Grossen Rat am 22. März eine Petition eingereicht. Darin fordert der ‹Verein Botanischer Garten beim Spalentor› den Verbleib bei der Universität. Man wehrt sich für die Qualität, die an die Forschung und damit ans Botanische Institut gekoppelt ist.

Am 7. April tritt der Universitätsrat vor die Medien. Er macht deutlich, dass er an seinen Spar- und Ausbauplänen festhalten will. Der Philosophisch-historischen und der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, die 1,65 respektive sechs Millionen Franken einsparen müssen, gesteht er eine Gnadenfrist zu. Sie dürfen bis Ende Juni ihre eigenen Vorschläge ausarbeiten. Wobei ihr Spielraum beschränkt bleibt: Separate Studiengänge in Slavistik, Geologie und Astronomie kommen nicht in Frage. Abgeschafft werden sollen Grundlagen-Sprachkurse.

Beim Botanischen Garten allerdings lenkt der Rat ein – wenn dieser künftig betriebswirtschaftlich geführt wird. Auch die Sportwissenschaften bleiben wegen des eingeführten Numerus clausus bei der Universität. Das neu geschnürte Portfolio-Paket wird den beiden Basler Regierungen übergeben.

Das lange Warten auf die Regierungen

Erneut zeigen sich Studierende, Assistierende und Universitätsangestellte enttäuscht. Keiner ihrer Vorschläge sei berücksichtigt worden. Wütend sind sie zudem, weil die Medienorientierung kurzfristig verlegt worden ist – um sie fernzuhalten. Die Studierenden berufen deswegen am 14. April eine

Sparen und gleichzeitig qualitativ und quantitativ wachsen? Ein Balanceakt.

Vollversammlung ein. Doch zu wenige lassen sich mobilisieren.

Erst am 27. Mai tut sich wieder etwas im ‹Lager der Gegner›. Rund 100 Personen aus Politik, Universität, Gewerkschaften und weiteren Organisationen schliessen sich zum ‹Forum Demokratische Uni› zusammen. Sinn und Zweck des Vereins ist die Vernetzung der breiten Ablehnung der Portfoliobereinigung. Als Ziele genannt werden: Verzicht auf Streichung und Reduktion von Fachrichtungen, eine Änderung des Universitätsgesetzes (die Institution soll autonom bleiben, aber strategische Entscheide gehören in die Kompetenz der Parlamente) sowie die Vermeidung von Lohnkürzungen und Stellenabbau. Weiter wird dafür gekämpft, dass die Trägerkantone ihre finanziellen Beiträge erhöhen und dass die Universität demokratisiert wird. Mit Protestaktionen tritt der Verein an der Uni-Nacht vom 18. Juni erstmals öffentlich in Erscheinung.

Ende Juni geben die Philosophisch-historische und die Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät ihre Sparvorschläge ab. An die Öffentlichkeit dringt davon nichts. Erst am 19. August äussert sich der Universitätsrat dazu – nach seiner Budgetsitzung. Rolf Soiron zeigt sich verärgert über die Regierungen beider Basel. Die Universität müsse endlich wissen, wie es weitergeht. Für das Jahr 2005 könne nur provisorisch budgetiert werden, sagt er. Die Massnahmen des Portfolioberichts seien aber nur umsetzbar, wenn Klarheit über die künftigen Finanzen bestehe.

Überraschend mild fällt die Beurteilung der Fakultätsvorschläge aus: Der Rat lobt die konstruktive Arbeit. Er erklärt sich bereit, auf die Restrukturierungspläne einzugehen, obwohl die Sparvorgaben etwa seitens der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät nicht eingehalten worden sind. Die Fakultäten werden Umlagerungen und Departementsbildungen (zum Beispiel Umweltwissenschaften) vornehmen, Kooperationen mit anderen Hochschulen anstreben (in Geowissenschaften und Astronomie) sowie auf Studiengänge mit sehr kleinen Studierendenzahlen verzichten. Der Rat billigt, dass Fächer nicht geschlossen werden, die Fakultäten sich dafür zu Mehreinnahmen verpflichten, zum Beispiel indem mehr Studierende angeworben werden. Uni-intern ist die Stimmung trotz des unerwarteten Einlenkens des Universitätsrates gedämpft. Das Wort ‹Notprogramm› ist in aller Munde.

Erst am 26. Oktober ‹erlösen› die Regierungen beider Basel die Universität. Sie beantragen ihren Parlamenten Sonderbeiträge von je drei Millionen Franken an das Globalbudget 2005 und schlagen zudem ein Datum der gemeinsamen Trägerschaft vor: den 1. Januar 2007. Das Echo ist freudig – nur im Kanton Baselland regt sich bereits Widerstand. Man ist sich aber bewusst, dass noch vieles offen ist. Allem voran muss die finanzielle Trägerschaft ausdiskutiert werden. Und die Universität braucht mehr als ein Plus von sechs Millionen Franken. Ansonsten kann sie sich vom internationalen Bildungsmarkt verabschieden, wie Rolf Soiron verschiedentlich gewarnt hat.